

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

紙之立掛特郵中
限券號雅政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

4. Jahrgang

Tientsin, Donnerstag, den 16. März 1933.

Nummer 753

100 000 Menschen finden Arbeit Hitler greift durch

Berlin, 14. März (Transocean). Einen glücklichen Anfang, um den ausgedehnten Plan der Regierung zur Arbeitsbeschaffung wirksam zu machen, machte die Deutsche Staatseisenbahn die beschloss 70. 000 neue Arbeiter für äussere Reparaturarbeiten an den Schienenwegen einzustellen, mit denen sofort begonnen werden soll. Mit dieser Arbeit ist die Erteilung von grossen Bestellungen an private Unternehmungen, verbunden die Arbeit für weitere 20. 000 Mann schaffen, sodass nahezu 100. 000 Mann durch die Entscheidung der Reichseisenbahn aus den Reihen der Arbeitslosen ausscheiden.

Alle Transportagenten der Reichseisenbahn sind vom Reichsbahndirektorium instruiert worden, keine kommunistischen Drucksachen zur Beförderung anzunehmen. Das Verbot aller sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften, das am Dienstag abläuft, ist um weitere zwei Wochen verlängert worden.

Dass Reichskanzler Hitlers Befehl an seine Anhänger, strikteste Disziplin zu halten, unachsichtlich erzwungen wird, beweist ein Vorfall in Köln. Dort wurden einige junge Braunhemden, die jüdische Kaufleute gezwungen hatten, ihnen 800 Mark auszuhändigen, sofort von Mitgliedern der nationalsozialistischen Sturmtruppen verhaftet und aus der Partei ausgeschlossen. Sie wurden auf der Stelle gezwungen, ihre braunen Hemden auszuziehen und dann der Polizei übergeben, welche sie unter der Anklage von Räuberei und Erpressung festhält.

Lloyd George spricht für Deutschland

London, 14. März (Transocean). Bei der Eröffnung des nationalen „Free church“ Kongresses in Sheffield, redete Lloyd George den deutschen Ansprüchen das Wort. Als einer der Urheber des Versailler Vertrages, erklärte er, dass Deutschland dem Geiste und dem Buchstaben nach die Verpflichtungen des Versailler Vertrages erfüllt habe, während diejenigen, die ihm den Vertrag aufzuzwingen ihn gebrochen haben. Deutschland Geduld ist nun erschöpft und wenn man eines Tages dem Wiedererwachen des militärischen Geistes gegenübersteht, so sind einzig und allein die Zeichner des Versailler Vertrages dafür verantwortlich zu halten.

Italien tut nichts was sich gegen Deutschland auswirken könnte

Genf, 14. März (Transocean). Erstminister MacDonalds Bemühungen, die Abrüstungskonferenz zu retten, wurden am Dienstag mit vermindertem Tempo weiter fortgesetzt und die Lage am Dienstag abend scheint so zu sein, dass der französische Vorschlag zu „einem beschränkten Uebereinkommen“ wovon die andersdenkenden Staaten, wie Deutschland und Italien ausgeschlossen sein sollten, von MacDonald glatt abgelehnt wurde, der sich jetzt bemüht, eine Basis für eine Kompromiss-Lösung, die für alle annehmbar ist, zu finden. Es wird von berufener Seite gesagt, dass Paul Boncour in einer Unterredung mit Aloisi die Bereitschaft der französischen Regierung ausgedrückt hat, in der Frage der qualitativen Abrüstung Konzessionen zu machen, wenn Italien und Deutschland dem vorgeschlagenen Fakt der gegenseitigen Hilfe zustimmen würden, dem sich Deutschland bisher immer widersetzt hat. Es wird gesagt, dass Italien dem Vorschlag der gegenseitigen Hilfe nicht ganz und gar entgegen ist, dass es aber nicht geneigt wäre, etwas zu unternehmen, was sich gegen Deutschland auswirken könnte.

Schwache Börse

Berlin, 14. März (Transocean). Die Börse eröffnete unregelmässig mit ziemlichen Schwankungen. Mineralwerte und einige Industriewerte behaupteten sich gut während andere Zweige wegen des gestrigen Aufschwungs abgeschwächt waren. Das Fallen der Werte betrug zwischen ein und drei Prozent, doch erholten sich die Preise gegen Schluss der Börse etwas bei besonderer Nachfrage für westliche Mineralwerte. Tägliches Geld unverändert.

Berlinchen hat seine Sensation

Berlin, 14. März (Transocean). Eine ungewöhnliche Szene fand in der kleinen Stadt Berlinchen, etwa 100 Km nordöstlich der Hauptstadt statt. Vor einer grossen Gruppe von Zuschauern, hiesigen Nationalsozialisten und Stahlhelmern, die auf dem Marktplatz aufmarschiert waren, schwor eine Gruppe früherer Kommunisten ihren kommunistischen Glauben ab. Der hiesige Stahlhelmführer hielt eine Ansprache und sprach seine Befriedigung aus, dass die „irreführten Landaleute“ ihren Irrtum eingesehen hätten und sich

der Idiotie des kommunistischen Dogmas bewusst geworden wären. Darauf tauchten die reformierten Kommunisten das kommunistische Banner in Petroleum und verbrannten es, während die anwesende Menge die Nationalhymne sang.

Körperliche Züchtigung in den Schulen Sachsens wieder eingeführt

Dresden, 14. März (Transocean). Durch Verfügung des Ministers für Erziehung ist die körperliche Züchtigung, die seit einigen Jahren laut Gesetz verboten war, in den sächsischen Schulen als Mittel, die Disziplin aufrecht zu erhalten, wieder eingeführt worden. Die Verfügung erlaubt „mässige Züchtigen“ wenn es für die Aufrechterhaltung strikter Disziplin notwendig ist, aber sie verlangt vom Lehrer, jede Züchtigung schriftlich einzutragen und sie nicht in Fällen von Nachlässigkeit, ungenügenden Leistungen und in allen Fälle, wo die Disziplin nicht in Frage gestellt ist anzuwenden.

Hindenburg und Hitler Ehrenbürger von Chemnitz

Chemnitz, 14. März (Transocean). Präsident Hindenburg und Reichskanzler Hitler wurden vom Stadtrat einstimmig zu Ehrenbürgern der Stadt ernannt.

Polen in Not

Warschau, 14. März (Transocean). Eine Vorlage die den Präsidenten der Republik ermächtigt alle gesetzlichen Funktionen auszuüben, ausgenommen die Revision der Verfassung, wurde von der Regierung dem Parlament vorgelegt, um noch von demselben vor der Vertagung angenommen zu werden. Obwohl das Parlament jährlich vor den Sommerferien eine solche Ermächtigungsvorlage annimmt, wird doch die von der Regierung in diesem Jahre vorgeschlagene Massnahme wegen des Umfanges der dem Präsidenten zu erteilenden Ermächtigung als ein Sonderfall angesehen. Die Vorlage wird motiviert mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Depression und „auf alle Ereignisse zu Hause und im Ausland, die eine schnelle Entscheidung notwendig machen“. Die Vorlage wird ohne Zweifel angenommen werden, da die Anhänger des Präsidenten Pilsudski eine absolute Mehrheit sowohl im Sejm wie im Senat haben.

Frankreich passt die Kasernenbesetzung in Kehl nicht

Berlin, 14. März (Transocean). Der französische Botschafter besuchte am Dienstag den deutschen Außenminister und legte im Auftrag der französischen Regierung formellen Protest ein gegen die Besetzung der leeren Kasernen in Kehl durch nationalsozialistische Sturmtruppen und gegen die Benutzung von Hilfspolizei in der entmilitarisierten Zone, was mit dem Artikel 43 des Friedensvertrages nicht vereinbar ist. Der Außenminister von Neurath wies diesen Protest als unbegründet zurück, da weder der Vorfall in Kehl noch die Verwendung von Hilfspolizei unter die Bedingungen des Friedensvertrages fallen, was die entmilitarisierte Zone angeht. Der Minister führte aus, dass weder die nationalsozialistischen Sturmtruppen, die zeitweilig die Kasernen in Kehl besetzt haben, und von denen nur jeder zehnte mit einer Sportflinte oder einem Revolver bewaffnet ist, noch die Hilfspolizei als bewaffnete Kräfte angesehen werden können und fügte ausserdem hinzu, dass die ganze Angelegenheit eine Massnahme der inneren Politik zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit ist.

MacDonald immer tätig

Genf, 15. März (Havas). MacDonald wird in seinen Reden vor den Allgemeinen Ausschuss der Abrüstungskonferenz Vorschläge über Reduzierung von Kriegsrüstungen und stehender Heere machen.

Es ist jedoch nicht bekannt, wie der englische Erstminister seinen Plan formulieren wird, um auf die französischen Widersprüche zu entgegnen.

Sein Hauptziel ist, Deutschland und Italien für ein Programm zu gewinnen und er hofft, dass er die Konferenz vor dem Zusammenbruch rettet.

MacDonalds Rede wird von schriftlichen, konkreten Vorschlägen begleitet sein.

Der französische Erstminister hat bis jetzt seine Entscheidung noch nicht getroffen ob er auf Einladung MacDonalds nach Genf kommt oder nicht.

Frau Chang Hsueh-liang in Schanghai eingetroffen

Schanghai, den 15. März (Reuter). Frau Chang Hsueh-liang ist hier heute Nachmittag um 6.30 Uhr im Extrazug von Nanking eingetroffen und wohnt in der französischen Niederlassung.

Staatssekretär a. D. Dr. von Lindequist Die Gründung eines neuen Kolonialreiches

„Kolonien sind als Rohstoffquelle unentbehrlich“, Reichsmarkwährung in Mandatgebieten wesentlich. Arbeitsstätten für Deutschlands Menschenüberschuss. Unabhängigkeit der deutschen Industrie vom Weltmarkt.

R. I. Barlet, der Chefredakteur der „Financial Times“ London, hat in der Erkenntnis, dass die baldige Lösung der ökonomischen und wirtschaftlichen Probleme Deutschlands für ganz Europa eine Lebensfrage ist, eine Erkundigungsreise durch Deutschland unternommen, um sich an Ort und Stelle über die Lage persönlich zu orientieren und die Ansicht führender Männer zu hören. Das Resultat dieser Reise fasst er in einem Buch „Deutschland zeigt den Ausweg“ zusammen, mit dem er Verständnis für Deutschland im Ausland erwecken will. Wir entnehmen dem Buch nachstehenden Artikel aus der Feder des ehemaligen Staatssekretär Dr. von Lindequist, der als früherer Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika und als späterer Unterstaatssekretär im Kolonialamt einer der führenden Persönlichkeiten der deutschen Kolonialpolitik ist.

Dr. von Lindequists grosses Endziel war es, den ganzen Kolonisierungsplan Deutschlands systematisch auszubauen. Aber ehe noch diese Arbeit irgendwie wesentlich fortgeschritten war, brach der Weltkrieg aus und machte ihr ein Ende. In den letztvergangenen Jahren richtete Lindequist all seine Initiative und seinen ganzen Einfluss auf die Wiederbelebung der kolonialen Siedlung, namentlich in den ehemaligen deutschen Kolonien, um so für den deutschen Menschenüberschuss Lebensraum zu schaffen, insbesondere für die aus der abgetretenen Provinz Posen vertriebenen Landarbeiter.

Dr. von Lindequist ist zur Zeit Geschäftsführender Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Die Besprechungen, die unlängst zwischen Dr. von Lindequist und von Papen sowie Freiherrn von Neurath stattfanden, haben die allgemeine Aufmerksamkeit wachgerufen. Man deutet diese Besprechungen dahin, dass Deutschland im Begriff steht, eine neue Phase seiner Kolonialpolitik einzuleiten.

Der deutsche Industrieführer und Reichsminister Dr. Alfred Hugenberg, hat erklärt, dass es nur zwei Wege gibt, um die Bezahlung der deutschen Privatverschuldung möglich zu machen, und zwar ganz gleichgültig, welches auch immer der Endbetrag der aufzubringenden Devisen (Transfer) sein werde. Er ist der Meinung, dass aller Wahrscheinlichkeit nach beide Wege beschritten werden müssen. Und diese Wege sind:

1. Dass die Gläubigerländer die erforderlichen Mengen deutscher Waren auf ihren Märkten zulassen, und
2. dass ein neues deutsches Kolonialreich errichtet wird.

Im Jahre 1926, als der Dawes-Plan noch nicht lange in Kraft war, hat Dr. Schacht folgendes erklärt:

„Für Deutschland insbesondere gewinnt die Notwendigkeit kolonialer Betätigung im Rahmen der derzeitigen internationalen Situation eine ganz besondere Bedeutung... Die bisher erörterten Methoden des Transfers laufen alle hinaus auf Sachlieferungen bzw. Warenexport... Es kommt immer darauf hinaus, dass Deutschland eine überschüssige Produktion auf den Weltmarkt wirft. Diese Produktion kann, wie die Dinge nun einmal liegen, im wesentlichen nur aus industriellen Fertigprodukten bestehen. Gerade in diesen Produkten aber ist Deutschland Konkurrent der empfangsberechtigten Staaten... Die Uebertragung der Dawes-Zahlungen ist deshalb nicht möglich durch industrielle Ausfuhr; sie ist nur möglich, wenn die anerkannt vortrefflichen Produktionsmittel und Arbeitskräfte Deutschlands auf die Gewinnung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen hingelenkt werden... Diese Hinlenkung der deutschen Produktion auf die Rohstoffgewinnung ist aber nur möglich in kolonialen Ländern.“

Wenn der Verfasser hier die deutschen Ansichten über das Kolonialproblem als eine Frage von internationaler Bedeutung wiedergibt, so wird sich jeder Leser darüber völlig im klaren sein, dass das nicht heissen will, er teile sie.

Es liessen sich viele Beispiele dafür vorbringen, dass in Deutschland die Ueberzeugung vorherrscht, Kolonien seien für Deutschland eine wirtschaftliche Notwendigkeit, wenn es seine Schulden bezahlen soll. In diesem Zusammenhang wäre zu betonen, dass Deutschland seine früheren Kolonien nicht als verlorenen Besitz ansieht, dass die Meinung vielmehr dahin geht, die Kolonien seien nur vorübergehend der Verwaltung anderer Länder unterstellt, und zwar so lange, bis über ihr Schicksal eine endgültige Entscheidung getroffen ist.

Infolgedessen ist heute jeder Grund zu der Annahme gegeben, dass deutscherseits ein Versuch in der Richtung auf die Neuverteilung der Mandate unternommen werden wird mit dem Ziele, dass Deutschland über Gebiete verfügt, die es in seiner eigenen Weise und zu seinem eigenen Besten nutzbar machen kann.

Um eine autoritative Auslassung in dieser Frage zu erhalten, bemühte ich mich um eine Unterredung mit dem früheren Staatssekretär im Reichskolonialamt, Dr. von Lindequist, dem derzeitigen Geschäftsführenden